

Euroskeptizismus in der deutsch-französischen Grenzregion. Eine Tageszeitungsanalyse zu den Kommunalwahlkämpfen in Saarbrücken und Forbach¹

Daniela Braun & Friederike Hommel

Abstract

Der Beitrag geht der Beobachtung nach, dass in der deutsch-französischen Grenzregion vor allem auf französischer Seite die Zustimmungsraten für die euroskeptische Partei *Rassemblement National* hoch sind. EU-Grenzregionen werden häufig als Paradebeispiele der Europäischen Integration gesehen. Dies kann sich jedoch in zwei Richtungen zeigen, da hier sowohl Vor- als auch Nachteile der grenznahen Lage deutlich zu spüren sind. Mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse wurde untersucht, ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus auf lokaler politischer Ebene in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl in den zwei Grenzstädten Forbach und Saarbrücken äußert. Die Ergebnisse zeigen, dass zumindest in den beiden ausgewählten Grenzstädten Euroskeptizismus keine bestimmende Rolle im lokalen Wahlkampf gespielt hat und Europa- und Grenzraumthemen generell nicht sonderlich sichtbar waren. Insofern bieten die Erkenntnisse der Untersuchung viele mögliche Ansatzpunkte für die weitere Forschung, um europäische Grenzregionen besser zu verstehen.

1. Einleitung und Fragestellung

Der Brexit im Jahr 2016 war eines der deutlichsten Symbole für den wachsenden Euroskeptizismus der letzten Jahre. Zusätzlich haben die

¹ Dieser Beitrag stellt eine gekürzte Form der Masterarbeit von Friederike Hommel dar, die im Rahmen des Studiengangs „Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes“ unter Betreuung von Prof. Dr. Daniela Braun und Dr. Estelle Evrard (Universität Luxemburg) erstellt wurde. Wir bedanken uns bei Luna Kaminski und Jonathan Grobe für ihre hilfreiche und wertvolle Unterstützung bei der Finalisierung dieses Beitrags.

vergangenen drei Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) eine hohe Zustimmung der europäischen Bevölkerung für euroskeptische Parteien gezeigt. Damit kann nun von einer Konsolidierung des Euroskeptizismus gesprochen werden (Braun & Carteny, 2024; Treib, 2021). Besonders in Deutschlands Nachbar- und Mitgründungsland der Europäischen Union (EU) Frankreich gewinnt die euroskeptische Partei *Rassemblement National* (RN) immer mehr AnhängerInnen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2022 war die Zustimmung für europakritische Parteien für die angrenzende Nachbarregion *Grand Est* durchaus sehr ausgeprägt: In der ersten Runde lag dort Marine Le Pen auf dem ersten Platz und in Kommunen mit unmittelbarer Nähe zum Saarland stimmte fast jede/r Zweite für die RN-Kandidatin (Maillasson & Schülke, 2022). Und das, obwohl die deutsch-französische Freundschaft so häufig als „Motor der Europäischen Union“ und die EU-Grenzregionen als „Reallabore der europäischen Integration“ bezeichnet werden (Europäisches Parlament, 2022). In vorherigen Arbeiten wurde sich bereits mit der Annahme auseinandergesetzt, dass Akzeptanz für die Zukunft der EU und den Fortgang des Integrationsprozesses notwendig sei (für einen guten Überblick, s. Reinl & Braun, 2022) – insbesondere in Grenzregionen (Kuhn 2011a; Nasr & Rieger, 2023; Rehm et al., 2024; Schmidberger, 1997, 8). Daraus lässt sich wiederum ableiten, dass die Nicht-Akzeptanz, die sich durch euroskeptische Haltungen manifestiert, dazu führen kann, dass der Integrationsprozess verlangsamt, gestoppt oder sogar abgebrochen wird. Daher ist das Verständnis von euroskeptischen Positionen und ihren Ursachen elementar für den Fortbestand der EU. Der Blick in die Grenzregionen in Europa kann hierbei besonders aufschlussreich sein (Wassenberg, 2013).

Die Forschung beschäftigt sich nun seit circa 30 Jahren mit dem Phänomen des ‚Euroskeptizismus‘, jedoch wurde die lokale politische Ebene dabei kaum betrachtet (Taggart & Szczerbiak, 2018). So konstatiert auch Bürkner (2020, 555) eine Forschungslücke in Bezug auf den Forschungsbereich der *Border Studies* und der Bedeutung von Grenzen für politische Polarisierung. Viele Forschungsarbeiten betrachten im Besonderen die deutsch-französische Grenzregion unter dem Blickwinkel der deutsch-französischen Zusammenarbeit (Weber et al., 2021; Wille, 2015). Die Frage nach der (mangelnden) Unterstützung der EU ist hingegen sehr lange eher unterbelichtet geblieben und rückte erst in jüngster Zeit stärker in den Fokus politikwissenschaftlicher Forschung. Dass der Forschungsbereich Euroskeptizismus hohe Relevanz sowohl für die Gesellschaft als auch für die Forschung hat, zeigt sich an der zunehmenden Kritik an der EU in allen

Mitgliedstaaten (Ketelhut et al., 2016, 286). Somit bietet eine Untersuchung dieses Phänomens in einer Grenzregion der EU mögliche Erkenntnisse und Forschungsansätze, die sich auch auf Grenzregionen anderer EU-Mitglieds-länder übertragen ließen.

Um nun die Frage nach Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus zu beantworten, wird der Ansatz einer Annäherung vom Abstrakten ins Konkrete verfolgt: Vom Euroskeptizismus im Allgemeinen zu Euroskeptizismus in Frankreich und Deutschland, hin zu Euroskeptizismus in Grenzregionen, endend bei den beiden grenzregionalen Fallbeispielstädten, die als Untersuchungskontext dienen sollen. Denn die Forschungsfrage, die dem Forschungsvorhaben zu Grunde liegt, kann nur im Konkreten beantwortet werden: Sind auf lokaler Ebene euroskeptische Positionen in Bezug auf die Grenzregion zu finden und wenn ja, welche? Um die Positionen greifbar zu machen, wird als Untersuchungskontext der Kommunalwahlkampf im Saarland 2019 und in Frankreich 2020 herangezogen. Die Annahme lautet, dass im Wahlkampf Themen von den Kandidierenden angesprochen werden, die die Wählerschaft beschäftigen. Ausgesucht wurden zwei Städte in unmittelbarer Nähe zur Grenze und zueinander: Saarbrücken und Forbach. Mit Hilfe einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung zum Kommunalwahlkampf in den regionalen Tageszeitungen werden die Artikel auf Anzeichen zu Positionierungen zur Grenzregion als Symbol der europäischen Integration untersucht. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse stellen einen ersten Baustein zur Beantwortung der Frage nach Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus dar.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden wir eine theoretische Eingrenzung des Konzepts Euroskeptizismus vornehmen und in einen Zusammenhang zu EU-Grenzregionen setzen. Anhand der beiden Fallbeispielstädte findet schließlich die empirische Untersuchung der Fragestellung statt, gefolgt von einer Interpretation der Ergebnisse und einem kritischen Ausblick.

2. Forschungsstand: Euroskeptizismus und europäische Grenzregionen

Szczerbiak und Taggart (2003) haben bereits recht früh die Unterscheidung zwischen „weichem“ und „hartem“ Euroskeptizismus eingeführt, die in der Forschungsliteratur auch heute immer noch stark rezipiert wird. Harter Euroskeptizismus lehnt die aktuelle Umsetzung der europäischen Idee ab und fordert einen EU-Austritt, während weicher Euroskeptizismus die europäi-

sche Integration nicht grundsätzlich ablehnt, sondern Kritik an bestimmten Politikfeldern äußert, wodurch er nur „bedingt“ und „qualifiziert“ ist. Während der weiche Euroskeptizismus keine prinzipiellen Einwände zur Abgabe von nationaler Handlungsmacht hat, kritisiert harter Euroskeptizismus grundsätzlich die Übergabe von nationaler Handlungsmacht auf die supranationale Ebene.

Euroskeptizismus spielt auf allen Ebenen des Mehrebenensystems eine Rolle, zum Beispiel thematisieren u. a. Schmidberger (1997), Tausendpfund (2013) sowie Gross und Debus (2018) die Haltung zur Europäischen Integration in den Kommunen. Weniger erforscht aber besonders deutlich zu spüren, sind die Auswirkungen der europäischen Integration auf der Ebene der Grenzregionen z. B. durch Einkaufen gehen, arbeiten und Freizeitgestaltung über die innereuropäischen Grenzen hinweg. Grenzregionen gelten als Laboratorium der europäischen Integration (Klatt, 2020, 569), wobei sie die Ideale des europäischen Projekts verkörpern können, wie Durand et al. (2017, 2) schreiben. Grenzregionen sind jedoch nicht gezwungenermaßen Vorbildregionen für erfolgreiche europäische Integration, sondern können auch Laboratorien für potentiellen Euroskeptizismus sein (Wassenberg, 2010, 302–303). Denn die Koordination der nationalen Politiken in diesen Räumen verläuft nicht immer reibungslos (Ulrich, 2020, 169–170), sodass Grenzregionen sogar einen Gefahrenfaktor für Europa darstellen können (Wassenberg, 2013, 39–40). Eine Grenzregion kann das Scheitern der europäischen Integration aufzeigen und Desillusionierung gegenüber interkultureller Zusammenarbeit auslösen. Sie können also, so Durand et al. (2017, 3), sowohl den Fortschritt als auch die Herausforderungen widerspiegeln, mit denen die EU konfrontiert ist – so wie Euroskeptizismus (Durand et al., 2017, 18).

Aufgrund dieses Potentials von Grenzregionen und der Tatsache, dass EU-Grenzregionen 40 Prozent des EU-Gebietes ausmachen, wie seitens der Europäischen Kommission (EURES, o. J.) immer wieder Erwähnung findet, wird mit der Forschung zu Grenzregionen vor allem die Hoffnung verbunden „im Kleinen“ [die Integrationseffekte] messbar und stellvertretend auch für den gesamten EU-Raum vorzeigbar“ zu machen (Wassenberg, 2013, 38). Ein Überblick über die weiteren Studien, die es zu Euroskeptizismus in EU-Grenzregionen bereits gibt, soll im Folgenden gegeben werden. Dazu wird zuerst auf die allgemeinen Erkenntnisse zu EU-Grenzregionen eingegangen und anschließend auf einzelne Grenzregionsbeispiele. Im Kontext von EU-Einstellungen in Grenzregionen werden häufig die Studien

von Schmidberger (1997), Gabel (1998) und Díez Medrano (2003) herangezogen, die alle zu dem Schluss kommen, dass Menschen, die in Grenzregionen leben, etwas weniger anfällig für Euroskeptizismus sind als diejenigen in Kernregionen. Diese Ergebnisse, die für eine EU-positive Wirkung von Grenzregion sprechen, werden vor allem mit dem utilitaristischen sowie mit dem identitären Argument erklärt. Dabei lassen sich gleichermaßen positive wie negative Reaktionen auf die europäische Integration mit diesen beiden Argumenten erklären, wie Durand et al. bereits (2017) ganz konkret für Grenzregionen² aufzeigen können. Das *utilitaristische* Argument betrachtet die Kosten-Nutzen-Rechnung der europäischen Integration in Grenzregionen: Wenn diese zu einer verbesserten Lebensqualität führt, indem beispielsweise mehr und bessere Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten entstehen, führt dies zu einem positiven, europhilien Blick auf die EU. Wenn umgekehrt die Integration Nachteile induziert, wie verstärkten Wettbewerb oder höhere Preise, kann das zu einem Anstieg des Euroskeptizismus führen. Ob die Grenzlage zu vor- oder nachteiligen Effekten der europäischen Integration führt, kann einen Einfluss auf den Euroskeptizismus haben. Das *identitäre* Argument konzentriert sich hingegen auf die Auswirkungen der räumlichen Nähe aus europhiler und euroskeptischer Sicht: Sie kann durch Austausch sowohl zu einem Abbau von Vorurteilen und einer grenzüberschreitenden Identität führen, als auch unterschiedliche Positionen und Ungleichheiten sehr viel wahrnehmbarer machen als sie es in Orten des Kerngebietes sind.

Eine weitere aufschlussreiche Studie legte Kuhn (2011a) vor.³ Bei ihrer Untersuchung der lokalen Einstellungen in Deutschland und Frankreich verfolgte Kuhn die Annahme von Deutsch (1957), dass ein hoher Austausch zwischen den Bevölkerungen der EU-Mitgliedsländer zu einem Gemeinschaftsgefühl führen würde, was sich parallel zum identitären Argument lesen lässt. Dies kann sie mit ihrer Studie bestätigen: Menschen, die transnational sind, neigen weniger dazu, euroskeptisch zu sein (Kuhn, 2011b). Unter Transnationalismus versteht Kuhn

- (1) einen transnationalen Hintergrund, also z. B. eine doppelte Staatsbürgerschaft,

2 Diese theoretischen Argumente sind jedoch auch in der breiteren *EU-politics*-Literatur weit verbreitet.

3 Kuhn nutzte hier die Antworten des Eurobarometers 65.1 2006, die nicht frei einsehbar sind. Dadurch hatte sie Zugriff auf die Antworten aus circa 400 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie auf 94 französische Départements (Kuhn, 2011, 100).

- (2) Praktiken, wie Auslandsaufenthalte, Beziehungen mit Menschen einer anderen Nationalität oder grenzüberschreitendes Arbeiten und
- (3) Humankapital, definiert als begünstigende Eigenschaften für einen transnationalen Umgang (z.B. Fremdsprachenkenntnisse) (Kuhn, 2011a, 100–101).

Menschen in Grenzregionen neigen weniger zu Euroskeptizismus, insbesondere wenn sie transnational sind, wie die Auswertung der deutschen Daten zeigte (Kuhn, 2011a, 105). Bei den französischen Grenzregionen ist dies nicht feststellbar. Dies begründet Kuhn damit, dass deutsche GrenzbewohnerInnen eher transnational tätig sind als die Französischen und somit der Euroskeptizismus vermindernde Effekt nicht einsetzen kann. Kuhn stellt jedoch fest, dass die Wohnnähe zu einer Grenze die BewohnerInnen signifikant transnationaler macht (Kuhn, 2011a, 113), jedoch ist der individuelle Transnationalismus entscheidend für die Einstellung zur EU und sei dabei kein „Mainstream-Phänomen“, sondern orientiere sich vor allem an Faktoren wie Bildung, Alter und Beruf (Kuhn, 2011b, 828). Für die deutsch-französische Grenzregion stellt sich hierbei die Frage, inwiefern die Bevölkerung individuellen Transnationalismus lebt und dementsprechend weniger wahrscheinlich zu Euroskeptizismus tendiert. Denn selbst häufiges Grenzüberqueren ist nicht mit grenzüberschreitenden Beziehungen gleichzusetzen (Klatt, 2020, 576).

Schmidberger (1998) untersuchte anhand des Eurobarometers 1991 bis 1995 die EU-Akzeptanz und die europäischen Identitäten in der deutsch-französischen Grenzregion und führte seine These – dass dort die Einstellungen der BürgerInnen besonders positiv gegenüber der europäischen Integration ausfallen – zurück auf die direkte ökonomische, kulturelle und soziale Betroffenheit. Dies folgt sowohl dem europhilen utilitaristischen als auch dem kulturell-identitären Argument. Er kann die These im Vergleich zu den nationalen Durchschnitten der beiden Länder als bestätigt sehen, was er auf die Grenzlage zurückführt. Jedoch kann das Ergebnis nicht uneingeschränkt auf EU-Grenzregionen im Allgemeinen übertragen werden. Kohli (2000, 132) verweist im Kontext der deutsch-französischen Grenzregion darauf, dass Straßburg als Sitz großer europäischer Institutionen die Identifikation mit der EU in der Region fördern könnte.

Während diese Ergebnisse einen sehr positiven Einfluss auf die Wahrnehmung der EU zeichnen, zeigen die Wahlergebnisse der französischen Präsidentschaftswahl 2017 ein gegenteiliges Resultat auf (Durand et al., 2017, 14): WählerInnen im nördlichen Teil von Lothringen unterstützten

massiv die Kandidatin des rechtsextremen und euroskeptischen RN und lagen damit auch über dem nationalen Durchschnitt – obwohl sie sich für die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen eingesetzt hat, betonen Durand et al. (2017, 14).

Dass Euroskeptizismus in Grenzregionen ein aufschlussreicher Forschungsbereich sein könnte, fand in jüngster Zeit auch wieder verstärkt in politikwissenschaftlichen Studien Berücksichtigung. Allerdings ist die empirische Evidenz bislang weiterhin alles andere als schlüssig: Bauhr und Charron (2024) zeigen empirisch, dass europäische BürgerInnen, die in der Nähe einer innereuropäischen Grenze leben, eine stärkere europäische Identität haben, während zwei andere Studien empirische Belege für das genaue Gegenteil liefern: Nasr und Rieger (2024) zeigen, dass BewohnerInnen von Grenzregionen in ganz Europa euroskeptischer sind, sowohl was das tatsächliche Wahlverhalten als auch die politischen Einstellungen betrifft. Rehm et al. (2024) zeigen für Deutschland, dass das Leben in einer Grenzregion nicht mit einer stärkeren Bindung an Europa verbunden ist.

3. Forschungsdesign

EU-Grenzregionen werden somit häufig als Paradebeispiele der europäischen Integration herangezogen. Dies kann sich jedoch in zwei Richtungen zeigen, da hier sowohl Vor- als auch Nachteile der grenznahen Lage deutlich zu spüren sind. Mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse wollen wir deshalb untersuchen, ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus auf lokaler politischer Ebene in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl in den zwei Grenzstädten Forbach und Saarbrücken äußert.

Die deutsch-französische Grenzregion stellt einen besonders vielversprechenden Untersuchungsrahmen dar, da in ihr zwei EU-Gründungsländer aufeinandertreffen. Die Nachbarländer haben eine bewegte Geschichte, die vor allem entlang dieser Grenze auch heute noch zu spüren ist. Die heutige administrative, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht somit sinnbildlich für die Idee der europäischen Einigung. Daher schließt sich diese Arbeit den Studien von Schmidberger (1997; 1998) sowie Kuhn (2011a) an und zieht einen Ausschnitt der deutsch-französischen innereuropäischen Grenzregion als Untersuchungsgegenstand heran und beschäftigt sich mit den beiden Städten Forbach und Saarbrücken. Beide Städte werben dafür bzw. legen besonderen Wert auf grenzüberschreitende Kooperationen sowie die Idee

der europäischen Einigung. Aus diesem Grund werfen wir einen systematischen Blick in die Wahlkampfdynamiken in diesen beiden Städten. Unser Ziel ist es dabei, zu erforschen ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus hier in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl manifestiert.

Zur Untersuchung von Wahlkämpfen ist auf nationaler und regionaler Ebene die Analyse von Parteiprogrammen in der politikwissenschaftlichen Forschung weit verbreitet. Auf lokaler Ebene hingegen finden sich bisher weniger Studien, wie Gross und Jankowski (2017, 2-3) feststellen. Alternativ gewähren Zeitungsartikel ebenfalls einen wertvollen Einblick in die öffentliche Positionierung, aber noch viel mehr in die öffentliche Wahrnehmung von Kandidierenden. Daher dienen in der vorliegenden Studie als Analysegrundlage Zeitungsartikel aus den jeweiligen lokalen Zeitungen im Zeitraum des Wahlkampfes. So soll festgestellt werden, ob die Grenzlage im Wahlkampf eine Rolle gespielt hat und wenn ja, inwiefern eine Positionierung zur europäischen Integration und somit zu einer möglichen euroskeptischen Einstellung herausgearbeitet werden kann.

Für Saarbrücken diente die *Saarbrücker Zeitung* als Untersuchungsmaterial. Da es sich hierbei um eine lokale Tageszeitung handelt, kann davon ausgegangen werden, dass der Oberbürgermeisterwahlkampf von den LokaljournalistInnen begleitet wurde. Zur Gewinnung des Materials diente die WISO-Suchmaschine (<https://www.wiso-net.de/dosearch>, zuletzt abgerufen: 26.07.2024). Der Untersuchungszeitraum belief sich auf den 01.04.2019 bis zum 10.06.2019, da der 01.04.2019 acht Wochen vor dem ersten Wahltermin, dem 26.05.2019, lag und der zweite Wahltermin der 09.06.2019 war. Zur Wahl aufgestellt waren acht Kandidierende. Während bei manchen Kandidierenden der Nachname reichte, um die passenden Ergebnisse zu erhalten, musste bei anderen der Vorname hinzugenommen werden, um relevante Beiträge angezeigt zu bekommen.

Für Forbach wurde die regionale Tageszeitung *Le Républicain Lorrain* herangezogen. Da sie auch eine eigene Rubrik für die Stadt Forbach hat, war auch hier davon auszugehen, dass der Wahlkampf von den JournalistInnen vor Ort verfolgt wurde. Auf die Zeitung wurde über die Suchmaschine Lexis Nexis (<https://www.lexisnexis.com/de-de>, zuletzt abgerufen: 26.07.2024) zugegriffen. Wie auch schon zuvor für die Saarbrücker Zeitung wurde auch hier der Beginn des Zeitraumes auf acht Wochen vor dem ersten Wahltermin, der am 15.03.2020 war, und das Ende auf den Tag nach der zweiten Runde, dem 28.06.2020, gesetzt. Somit entsteht der Zeitraum vom 20.01.2020 bis zum 29.06.2020. Dieser Zeitraum ist erheblich länger als der zu vergleichende in Saarbrücken, da im Frühjahr 2020 die Corona-Pan-

demie ausbrach und somit nicht wie sonst üblich eine Woche nach dem ersten Wahltermin der zweite stattfand, sondern erst 15 Wochen danach. In Forbach stellten sich acht KandidatInnen zur Wahl.

4. Ergebnisse

Insgesamt konnten für die beiden Kommunalwahlkämpfe im Jahr 2019 und 2020 in der *Saarbrücker Zeitung* und im *Républicain Lorrain* insgesamt 276 Artikel erhoben werden. Die Auswertung des Materials erbringt fünf bzw. sechs Artikel,⁴ in denen ein Bezug zur deutsch-französischen Grenzregion zu erkennen ist. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Inhaltsanalyse im Einzelnen für Saarbrücken und Forbach vorgestellt werden.

4.1. Saarbrücken

Tabelle 1: Anzahl der Artikel in der Saarbrücker Zeitung (eigene Darstellung)

Stichwörter	Anzahl der Artikel
Conradt	30
Charlotte Britz	89
Meyer-Gluche	28
Markus Lein	16
Hadjimohamadvali	9
Gerald Kallenborn	19
Otfried Best	12
Michael Franke	9
Total	212
Total nach Bereinigung der Duplikate	137

Quelle: WISO-Datenbank mit den Parametern Saarbrücker Zeitung, 01.04.2019 – 10.06.2019, Name KandidatIn

Die Anzahl der Artikel pro KandidatIn kann Tabelle 1 entnommen werden. Die gewonnenen Artikel wurden miteinander abgeglichen und Dopplun-

4 Bei fünf Artikeln konnte ein eindeutiger EU- bzw. Grenzregion-Bezug identifiziert werden. Der sechste Artikel zeigt indirekt einen Grenzregion- bzw. EU-Integrationsbezug.

gen eliminiert. Dies kam beispielsweise in Artikeln vor, in denen alle Kandidierenden vorgestellt wurden. In diesem Fall wurde dann aus acht Ergebnissen eines einbezogen. Die Größe der dadurch erlangten Stichprobe liegt bei 137 Artikeln.

Die Anzahl der Artikel ist nicht zu verwechseln mit der Anzahl an Artikeln, in denen tatsächlich inhaltliche Positionen der Kandidierenden zu finden sind. Der Wahlkampf in Saarbrücken wurde medial von der lokalen Tageszeitung relativ schwach begleitet, d.h. es fanden sich generell nicht sehr viele Artikel zu Wahlkampfthemen. Entsprechend dem Nachrichtenfaktor Prominenz wurden die meisten Artikel über die damalige Amtsinhaberin Charlotte Britz (SPD) und den damaligen Direktor der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) sowie Geschäftsführer der Gesellschaft zur Medienförderung Saarland – Saarland Medien mbH Uwe Conradt (CDU) veröffentlicht. Artikel mit explizitem Bezug zum Wahlkampf finden sich nur wenige. Am 08.05.2019 wurde über eine Podiumsdiskussion der acht Kandidierenden berichtet, wobei auf die unterschiedlichen Positionen der Kandidierenden eingegangen wurde. Auch fünf Tage später, erschien in der Saarbrücker Zeitung ein längerer Artikel über die acht Kandidierenden und ihre Positionen für die Zukunft der Stadt. Neben diesen zwei Übersichtsartikeln hat die Saarbrücker Zeitung außerdem Porträts zu den einzelnen Kandidierenden veröffentlicht. Zusätzlich lassen sich in anderen Kontexten noch vereinzelte inhaltliche Positionierungen der Kandidierenden finden, wie zum Beispiel in einem Artikel, in dem der CDU-Kandidat Uwe Conradt die „Randständigen“-Situation an einer zentralen Bushaltestelle kritisiert. Kurz vor der zweiten Wahlrunde veröffentlichte die Saarbrücker Zeitung einen Artikel mit den Positionen der beiden FinalistInnen, der SPD-Kandidatin Britz und des CDU-Kandidaten Conradt. Neben dieser sehr geringen inhaltlichen Darstellung des Wahlkampfes in der lokalen Tageszeitung zeigt sich auch in Bezug auf die Themen, dass die Grenzregion in der durch die lokale Presse dargestellten öffentlichen Debatte bei der letzten Kommunalwahl kaum eine Rolle gespielt hat, denn in keinem Artikel werden die Grenzregion, Frankreich oder die europäische Integration mit ihren Folgen für die StadtbewohnerInnen explizit angesprochen. Stattdessen standen folgende Themen ohne Grenzraum- oder Europabezug im Mittelpunkt des Wahlkampfes:

- Sozialer und bezahlbarer Wohnungsraum und -bau
- Kita-Gebühren
- Klimaschutz

- Ausbau und Preissenkung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Südumfahrung, Schaffung eines Autobahnringes um die Stadt
- Parkhaus- und Parkplatzsituation

Ein kurzer Abschnitt in einem Porträt zum CDU-Kandidaten lässt sich ansatzweise in das Thema europäische Integration bzw. Grenzregion eingliedern. Die folgende Textstelle stellt den sechsten Artikel, der lediglich einen indirekten Themenbezug hat, dar:

Conradt will Saarbrücken zum „Zentrum zwischen Paris und Frankfurt“, zur „Pionierstadt“ machen. Wie andere kleinere Städte zuvor habe auch Saarbrücken das Potenzial, *Kulturhauptstadt Europas* zu werden. (Rols hausen, 2019, Hervorhebung durch die AutorInnen)

Hierbei lassen sich in schwacher Form Einstellungen zur EU und zur europäischen Integration ablesen. So positioniert sich der CDU-Kandidat positiv gegenüber der französischen Nachbarregion, da er den Wunsch äußert, als Zentrum zwischen den beiden Standorten Paris und Frankfurt wahrgenommen zu werden. Mit diesem Dasein als „Zentrum“ wäre auch ein erhöhtes Aufkommen von Französinnen und Franzosen in Saarbrücken zu vermuten. Die damit verbundene Bewegungsfreiheit ist eines der elementaren Rechte, das die europäische Integration den EU-BürgerInnen gebracht hat. Somit spricht diese Aussage für eine europhile Sichtweise, die sich durch die Grenzlage zwischen Deutschland und Frankreich ergibt. Es lässt sich die Hypothese aufstellen, dass diese Aussage durch eine utilitaristische Perspektive geprägt ist, da Paris und Frankfurt als Wirtschaftsstandorte bekannt sind und somit Saarbrücken durch die vermutlich finanziestarken PendlerInnen finanziell von diesen profitieren könnte. Und auch die Vision der Kulturhauptstadt Europas lässt sich einer gewissen Europhilie zuordnen, die durch die Grenzregion ausgelöst sein könnte. Wenn dem so wäre, dann könnte hierbei das identitäre Argument zu finden sein: Die Grenzlage zwischen Deutschland und Frankreich könnte als Argument bei der Bewerbung für den Status der Kulturhauptstadt Europas angeführt werden, da diese die kulturelle Vielfalt und Besonderheit einer europäischen Grenzregionsstadt darstellt. Es wird jedoch betont, dass diese Interpretationen aufgrund fehlender Kontexte und kurzer Zitate aus der *Saarbrücker Zeitung* vorsichtig betrachtet werden sollten.

4.2. Forbach

Die Anzahl der Artikel pro Kandidaten in Forbach kann Tabelle 2 entnommen werden. Genauso wie im Falle der *Saarbrücker Zeitung* kam es aus den gleichen Gründen (Artikel mit Nennung aller KandidatInnen) auch beim *Républicain Lorrain* zu Dopplungen. Ohne Duplikate liegt eine Gesamtheit von 139 Artikeln vor.

Tabelle 2: Anzahl der Artikel im Républicain Lorrain (eigene Darstellung)

Stichwörter	Anzahl der Artikel
Forbach AND Cassaro	79
Forbach AND Diligent	74
Forbach AND Homberg	68
Forbach AND Peyron	70
Forbach AND Philippot	60
Forbach AND Bendaouadji	36
Forbach AND Thiel	47
Forbach AND Terragnolo	17
Total	451
Total nach Bereinigung der Duplikate	139

Quelle: LexisNexis-Datenbank; Parameter: Le *Républicain Lorrain*, 20.01.2020 – 29.06.2020, Name KandidatIn, und „Forbach“

Auch hier fällt wieder auf, dass die Kandidaten, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind, häufiger in der lokalen Tageszeitung erwähnt wurden. Am häufigsten wurde Alexandre Cassaros Name gedruckt, der zum damaligen Zeitpunkt bereits Regionalrat der Region *Grand Est*, Delegierter für die Gleichstellung von Frauen und Männern und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten war. Zusätzlich ist auch Thierry Homberg den BürgerInnen bereits bekannt gewesen, da er zuvor stellvertretender Bürgermeister Forbachs war. Außerdem traten Cassaro, Diligent und Philippot bereits bei der letzten Kommunalwahl 2014 an. Die vier Kandidaten, über die die meisten Artikel (> 60 Artikel) veröffentlicht wurden, standen alle erneut in der zweiten Runde zur Wahl: Cassaro, Diligent, Homberg und Peyron. Auch wenn sich auf französischer Seite mehr Artikel mit Bezug zur Kommunalwahl finden lassen, so spielt auch auf der französischen Seite der Grenze die Grenzraumthematik kaum eine Rolle. Positionierungen finden sich einerseits, wie auch schon auf deutscher

Seite zu beobachten, in Porträts der Listen und deren Anführer, als auch andererseits in Themenblöcken, bei denen sich die Kandidaten in kurzen Statements zu bestimmten Themen positionieren sollten (Management der Gesundheitskrise und Stärkung des kulturellen Angebots). Die Wahlkampfthemen waren unter anderem die folgenden:

1. Wahlrunde

- Zustand der Straßen: Instandsetzung von Straßen und Bürgersteigen
- Gestaltung der Innenstadt (Handel in der *Rue Nationale*)
- Förderung der Wirtschaft/des Handels vor Ort (Unterstützung von Arbeitsplätzen)
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- Sicherheit (Steigerung der Mittel für Stadtpolizei, Videoüberwachung)
- Unterbringung von MigrantInnen
- Umwelt
- Einführung einer lokalen Währung (Lucien Terragnolo, RN)
- Einbahnstraße in Marienau
- Wiedereinführung der Sperrmüllabfuhr
- Bekämpfung illegaler Müllkippen

2. Wahlrunde

- Gesundheitssystem
- Wirtschaft
- Müllabfuhrgebühr
- Umweltschutz

Lokale Themen haben somit definitiv den Wahlkampf bestimmt. Bei einem der acht Kandidaten finden sich vereinzelt Positionen, die sich in den Kontext der Grenzregion und der Auswirkungen der europäischen Integration auf das Leben der ForbacherInnen beziehen. So berichtet der *Républicain Lorrain* über die Schwerpunkte der Wahlprogramme der Kandidierenden und nennt in diesem Rahmen die drei Schwerpunkte des ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Alexandre Cassaro: „l'économie, l'éducation et l'Europe“. Von den fünf Artikeln, in denen Positionen zur EU, zur Grenzregion oder zu Auswirkungen der europäischen Integration erkannt werden konnten, beziehen sich vier auf Aussagen Cassaros und zwei auf Aussagen Diligents. Da es sich um sehr

wenige und ausreichend kurze Textpassagen handelt, können diese hier vorgestellt werden:

Alexandre Cassaro [...] dévoile une longue liste de 119 propositions dans tous les domaines, avec *une large place pour l'économie, l'éducation et l'Europe*. Sans surprise, il préconise de *renforcer les relations avec la Sarre*. Mais le trentenaire voit plus loin et voudrait aussi rapprocher Forbach d'une autre ville de la Grande Région : *Luxembourg*. Il réclame ainsi une *liaison ferroviaire quotidienne directe entre Forbach et la capitale du Grand-Duché*. Il voudrait aussi accentuer la *promotion de Forbach auprès des Luxembourgeois* pour les inciter à venir découvrir les sites touristiques (musée de la mine), l'offre culturelle (Le Carreau) et les animations (meeting international d'athlétisme, etc.) de Forbach. Alexandre Cassaro voit plus loin que la Sarre et aimerait rapprocher Forbach de Luxembourg-ville. (Moreau, 2020, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁵

Diese Textstelle zeigt, dass die Grenzlage für den Forbacher Kandidaten im Mittelpunkt seines politischen Programmes steht. Sie gliedert sich ein in das europhile utilitaristische Argument, das die Vorteile der Grenzregion auf Grundlage einer positiven Kosten-Nutzen-Rechnung sieht. So möchte Cassaro sowohl die Beziehungen zum deutschen Nachbarn (Saarland) als auch zum luxemburgischen Nachbarn nutzen, um BesucherInnen nach Forbach zu bringen, wo sie wiederum Geld in die lokalen Kassen (touristische Attraktionen, kulturelle Angebote und Veranstaltungen jeder Art) bringen würden. Dafür möchte der Kandidat den öffentlichen Personen-nahverkehr zwischen Forbach und Luxembourg ausbauen.

Alexandre Cassaro: „La présence d'une Scène Nationale à Forbach constitue un atout pour rayonner au-delà de notre territoire. *Les specta-*

5 Deutsch: „Alexandre Cassaro [...] stellt eine lange Liste von 119 Maßnahmen auf allen Feldern *mit einem starken Fokus* auf Wirtschaft, Bildung und *Europa* vor. Wenig überraschend befürwortet er eine *Stärkung der Beziehungen zum Saarland*. Der Dreißigjährige will aber seinen Blick weiten und Forbach auch einer anderen Stadt in der Großregion annähern: *Luxemburg*. So fordert er eine *direkte tägliche Bahnverbindung zwischen Forbach und der Hauptstadt des Großherzogtums*. Er will auch Forbach bei den Luxemburgern bekannter machen und sie dazu bringen, die touristischen Stätten (Grubenmuseum), das kulturelle Angebot (Theater Le Carreau) und Veranstaltungen (internationales Leichtathletiktreffen etc.) in Forbach zu entdecken. Alexandre Cassaro blickt über das Saarland hinaus und möchte Forbach näher an Luxemburg bringen.“ (Übersetzung Florian Lisson).

teurs sont issus de Sarre et du Grand Est et donc autant de consommateurs potentiels pour nos commerces et restaurants.“ (Stifter, 2020a, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁶

Dass den Kandidaten der Republikaner vor allem die wirtschaftliche Seite der Auswirkungen der europäischen Integration interessiert, lässt sich auch an der zweiten Textstelle erkennen. In einem Beitrag, in dem alle Kandidaten Position zum kulturellen Angebot in Forbach einnehmen sollen, betont Cassaro die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen ZuschauerInnen, die nach Forbach kommen, um sich ein Theaterstück im Theater *Le Carreau* anzuschauen. Denn jeder und jede ZuschauerIn ist potentiell auch ein oder eine KonsumentIn, der oder die Gelder in den lokalen Handel und die lokalen Restaurants bringt. Cassaro arbeitet also auch hier den wirtschaftlichen Vorteil der Grenznähe heraus.

Alexandre Cassaro: „Il faudra une action forte pour réclamer la pérennisation des lits de réa à Forbach. Il faut maintenir et même renforcer nos établissements de santé. Développer la coopération transfrontalière entre hôpitaux aussi“ [...]. (Stifter, 2020b, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁷

Die Kosten-Nutzen-Rechnung fällt für Cassaro aber nicht nur wirtschaftlich positiv aus, wie in der dritten Textstelle deutlich wird. Auch in Bezug auf die Corona-Pandemie sieht er einen Vorteil durch die Grenznähe, da diese die Kooperation der Krankenhäuser ermöglicht, welche weiterentwickelt werden müsse. Diametral entgegengesetzt sieht das sein Kontrahent Eric Diligent, wie in der nächsten Textstelle deutlich wird.

Éric Diligent assure qu'il a « toujours critiqué la gestion uniquement comptable de la santé ». Le conseiller municipal d'opposition sortant (19,32 % au premier tour) estime qu'il faut remettre « la préservation de l'hôpital au centre des préoccupations ». Le candidat divers droite *se méfie*, en revanche, *des partenariats avec les hôpitaux sarrois* : « Le

6 Deutsch: „Die Theaterbühne in Forbach stellt einen Pluspunkt dar, der unsere Gemeinde über ihre Grenzen bekannt macht. Die Zuschauer kommen aus dem Saarland und Grand Est und sind daher ebenso potentielle Kunden unserer Geschäfte und Restaurants.“ (Übersetzung Florian Lisson).

7 Deutsch: „Wir müssen uns für den dauerhaften Erhalt der Reha-Plätze in Forbach einsetzen. Wir müssen unsere Gesundheitseinrichtungen erhalten und weiter ausbauen. Das gilt auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Krankenhäuser.“ (Übersetzung Florian Lisson).

danger, c'est qu'on devienne dépendants des hôpitaux allemands. On ne doit pas priver notre hôpital de capacités sous prétexte de collaboration avec la Sarre. » (Stifter, 2020b, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁸

Cassaro und Diligent sind allerdings die einzigen Kandidaten, die in ihren Statements zum Krankenhaus-Management im Kontext der Corona-Pandemie die Grenzregion bzw. die Zusammenarbeit mit den deutschen Krankenhäusern thematisieren. Diligent spricht sich für ein Bremsen der Kooperation mit dem Saarland aus, da er die Gefahr einer Abhängigkeit von den deutschen Krankenhäusern sieht. Hierbei ist deutlich das typische Muster der Diskussion rund um die EU zu erkennen: Mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit führe häufig zu weniger nationaler Souveränität. Diligent sieht dementsprechend eine größere Gefahr in Bezug auf einen Souveränitätsverlust im Bereich der Gesundheitsversorgung als einen Vorteil durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Damit lässt sich Diligents Aussage als Euroskeptizismus einordnen, der von Angst vor Souveränitätsverlust geprägt ist.

Besonders auffallend bei der Analyse der Ergebnisse ist, dass trotz der Corona-Pandemie und der dadurch spürbaren Auswirkungen auf die Grenzregion, wie zum Beispiel die Krankentransporte aber auch die geschlossenen Grenzen, sich nur zwei der acht Kandidaten zu der Krankenhaus-Kooperation und kein Kandidat zu den geschlossenen Grenzen geäußert haben. Dies lässt sich mit der fehlenden politischen Kompetenz erklären, da sie keine Verfügungsgewalt über die Grenzschließungen hatten. Jedoch äußern sich PolitikerInnen nicht immer nur zu Themen, über die sie tatsächlich verfügen können, sondern auch zu Themen, die sie beschäftigen. Angesichts der spürbaren Auswirkungen der Grenzschließungen auf PendlerInnen und den Alltag der BürgerInnen wäre eine Positionierung der Kandidierenden zu diesem Thema zu erwarten gewesen, entweder unterstützend für nationale Maßnahmen oder kritisch und im Einklang mit dem EU-Grundgedanken der gemeinsamen Problemlösung.

8 Deutsch: „Éric Diligent betont, dass er die ‚rein profitorientierte Sicht auf den Gesundheitssektor stets kritisiert‘ habe. Für das Mitglied des Gemeinderats der größten Oppositionspartei (19,32 % im ersten Wahlgang) hat der Erhalt des Krankenhauses ‚oberste Priorität‘. Der Mitte-Rechts-Kandidat sieht dagegen die Partnerschaft mit den saarländischen Krankenhäusern kritisch: ‚Die Gefahr besteht, dass wir uns von den deutschen Krankenhäusern abhängig machen. Wir dürfen keine unserer Krankenhauskapazitäten unter dem Vorwand der Zusammenarbeit mit dem Saarland aufgeben.‘ (Übersetzung Florian Lisson).“

Innover face à la crise économique [...] « Forbach ne peut *pas réussir seule*, rappelle Éric Diligent, il faut absolument *travailler avec nos voisins*, il faut se *tourner par l'Allemagne* car on voit bien que Paris n'est pas intéressé par nous. » (Stifter, 2020c, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁹

Diligent betrachtet den deutschen Nachbarn im Kontext der Wirtschaftskrise als Chance, ohne jedoch konkrete Vorstellungen zur Zusammenarbeit zu äußern. Dennoch wird sichtbar, dass er das Nachbarland als wirtschaftlichen Vorteil und die Möglichkeit zur Zusammenarbeit – beides im Kontext der europäischen Integration zu sehen – als positiv bewertet. Obwohl er bei der Krankenhaus-Kooperation zu einem negativen Ergebnis kommt, unterstreicht er dennoch die Vorteile der Grenzregion und der europäischen Integration, insbesondere die Grundfreiheiten der EU, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Die letzte Textstelle in Bezug zu Cassaro ist die Einzige, die sich in erster Linie dem europhilien identitären Argument der europäischen Binnen-Grenzregion zuordnen lässt, da hier explizit von europäischen Werten gesprochen wird. Sie ist zwar kurz, aber die Tatsache, dass ein neu gewählter Bürgermeister in seinen ersten Worten im Amt sich auf die europäischen Werte als eines der Leitmotive für seine Amtszeit bezieht, zeigt, dass das Thema für ihn einen hohen Stellenwert besitzt.

Le trentenaire dit *vouloir s'appuyer sur « des valeurs républicaines, humanistes, progressistes mais aussi européennes »* lors de son mandat, tout en promettant de la proximité envers les Forbachois. (Stifter, 2020d, Hervorhebung durch die Autorinnen)¹⁰

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass die Ergebnisse ein Bild des Kommunalwahlkampfes zeichnen, in dem der lokale Kontext der Grenzregion in Saarbrücken nur stark implizit und in Forbach zwar häufiger und expliziter als in Saarbrücken aber trotzdem nach wie vor untergeordnet in der medialen Öffentlichkeit (hier gemessen über die Berichterstattung in den Zeitungen) thematisiert wird. Die Grenzraumthematik

9 Deutsch: „Neue Wege bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise gehen [...] ,Forbach kann *allein nicht erfolgreich sein*‘, sagt Éric Diligent. Wir müssen unbedingt *mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten*. Wir müssen uns *nach Deutschland hin orientieren*, da wir ja feststellen, dass sich Paris für uns nicht interessiert.“ (Übersetzung Florian Lissom).

10 Deutsch: „Der Dreißigjährige möchte sich während seiner Amtszeit auf ‚republikanische [= demokratische, Anm. F. L.], humanistische, fortschrittliche, aber auch europäische Werte‘ berufen und verspricht, nah bei den Menschen in Forbach zu sein.“ (Übersetzung Florian Lissom).

sowie die europäische Einigung spielen in den beiden ausgewählten Städten der deutsch-französischen Grenzregion somit eine eindeutig untergeordnete Rolle. Mit Blick auf die Spielarten des Euroskeptizismus ließ sich am häufigsten eine utilitaristische Europhilie in fünf der sechs Textstellen identifizieren. Deutlich seltener, aber trotzdem auftretend war die identitäre Europhilie mit einer Textstelle in einem französischen und einer in einem deutschen Artikel. Eine angedeutete Form von utilitaristischer Europhobie wiederum zeigte sich nur in einem der französischen Artikel. Identitäre Europhobie konnte in den lokalen Zeitungsartikeln zu den untersuchten Kommunalwahlkämpfen in Saarbrücken und Forbach nicht gefunden werden.

5. Fazit

Die lokale mediale Beschäftigung in den beiden ausgewählten Zeitungen zum Thema europäische Grenzregion ist im Wahlkampf in Saarbrücken und Forbach eher gering ausgefallen. Der Wahlkampf wurde in beiden Städten vornehmlich durch klassische kommunale Themen wie Parkplätze und Müllabfuhrgebühren geprägt. Die Grenzregion hat im lokalen Kontext in Forbach eine kleine und in Saarbrücken keine direkte Präsenz in der lokalen Berichterstattung gefunden. Die Fälle, die insgesamt herausgearbeitet werden konnten, sind mit einer deutlichen Mehrheit der europhilen utilitaristischen Sichtweise auf die Grenzregion zuzuordnen. In weniger Fällen konnte eine identitäre Europhilie gezeigt werden. Exemplarisch für die utilitaristische Europhobie ist einerseits die kritische Einstellung gegenüber der deutsch-französischen Kooperation auf Krankenhaus-Ebene, die im Kleinen die großen Linien des Euroskeptizismus nachzeichnet: Die Ablehnung von Souveränitätsabgabe zu Gunsten einer fortschreitenden europäischen Integration, die sich in Richtung der Supranationalität bewegt.

Welche Rolle spielt nun Euroskeptizismus in der deutsch-französischen Grenzregion auf lokaler politischer Ebene? Mit Blick auf die Daten, die in Rahmen der zugrundeliegenden Masterarbeit gesammelt und ausgewertet wurden: kaum eine. Die Inhaltsanalyse der Berichterstattung der lokalen Tageszeitungen konnte zeigen, dass die europäische Integration nicht thematisiert wurde. Somit scheint Euroskeptizismus im lokalen Wahlkampf in Saarbrücken 2019 und in Forbach 2020 keine Rolle gespielt zu haben.

Dieses Ergebnis liefert erste Hinweise auf das Phänomen des parteibasierten Euroskeptizismus in Grenzregionen. Jedoch muss es durchaus mit

Vorsicht interpretiert werden. Denn nur weil keine eindeutigen Anzeichen für Euroskeptizismus in der lokalen Berichterstattung zu den Kommunalwahlen identifiziert werden konnten, ist dies nicht mit der Abwesenheit von Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus gleichzusetzen. So kann es während des Wahlkampfes zu Haustürgesprächen zwischen Kandidierenden und WählerInnen gekommen sein, in denen Themen in Bezug auf die Grenzregion eine Rolle gespielt haben. Daher könnten euroskeptische Positionen durchaus den nicht medial dargestellten Wahlkampf geprägt haben, ohne dass dies durch die vorliegende Arbeit erfasst werden konnte. Weiter befindet sich Lokaljournalismus häufig – wie auch in diesem Fall – unter keinem Konkurrenzdruck, weswegen eine möglichst umfangreiche und qualitativ hochwertige Berichterstattung des Kommunalwahlkampfs nicht unbedingt gegeben ist. Auch dadurch ist das Untersuchungsmaterial stark von den LokaljournalistInnen abhängig, die entscheiden, wozu sie wieviel und in welcher Form schreiben. Daher wäre ein Ansatz für zukünftige Forschungsarbeiten, sich während eines Kommunalwahlkampfes als beobachtende Person in Situationen zu bringen, in denen Kandidierende mit WählerInnen ins Gespräch kommen, wie zum Beispiel in Vorstellungsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder auch beim „Haustürwahlkampf“. Somit könnte ein wichtiger Teil der nicht medial vermittelten Realität untersucht werden.

Bibliografie

- Bauhr, M., & Charron, N. (2024). Europe Around the Corner? How Border Proximity and Quality of Government Explains European Identity. *European Union Politics*, 25(2), 376–395. DOI:10.1177/14651165231216882
- Braun, D., & Carteny, G. (2024). How Does Eurosceptic Party Consolidation Transform Party Competition Over European Issues? *Politische Vierteljahresschrift*, online first: DOI:10.1007/s11615-024-00551-0
- Bürkner, H.-J. (2020). Europeanisation versus Euroscepticism: Do Borders Matter? *Geopolitics*, 25(3), 545–566. DOI:10.1080/14650045.2020.1723964
- Deutsch, K. W. (1957). *Political Community and the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*. Princeton Univ. Press.
- Díez Medrano, J. (2003). *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*. Princeton Univ. Press.
- Durand, F., Decoville, A., & Knippschild, R. (2017). Everything All Right at the Internal EU Borders? The Ambivalent Effects of Cross-Border Integration and the Rise of Euroscepticism. *Geopolitics*, 25(3), 587–608. DOI:10.1080/14650045.2017.1382475

- Europäisches Parlament (2022, 15. September). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. September 2022 zum Thema „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“ (2021/2202(INI)). https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0327_DE.html [18.10.2023].
- EUROpean Employment Services [EURES] (o. J.). EURES in Grenzregionen. https://eures.europa.eu/eures-services/eures-cross-border-regions_de [26.07.2024].
- Gabel, M. J. (1998). *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. The University of Michigan Press.
- Gross, M., & Debus, M. (2018). Does EU Regional Policy Increase Parties' Support for European Integration? *West European Politics*, 41(3), 594–614. DOI:10.1080/01402382.2017.1395249
- Gross, M., & Jankowski, M. (2017). *Analyzing Local Party Manifestos in Multi-Level Democracies*. Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Handlungs- und Entscheidungstheorie“.
- Ketelhut, J., Kretschmer, A., Lewandowsky, M., & Roger, L. (2016). Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(2), 285–304.
- Klatt, M. (2020). The So-Called 2015 Migration Crisis and Euroscepticism in Border Regions: Facing Re-Bordering Trends in the Danish–German Borderlands. *Geopolitics*, 25(3), 567–586. DOI:10.1080/14650045.2018.1557149
- Kohli, M. (2000). The Battlefields of European Identity. *European Societies*, 2(2), 113–137. DOI:10.1080/146166900412037
- Kuhn, T. (2011a). Europa ante Portas: Border Residence, Transnational Interaction and Euroscepticism in Germany and France. *European Union Politics*, 13(1), 94–117. DOI:10.1177/1465116511418016
- Kuhn, T. (2011b). Individual Transnationalism, Globalisation and Euroscepticism: An Empirical Test of Deutsch's Transactionalist Theory. *European Journal of Political Research*, 50(6), 811–837. DOI:10.1111/j.1475 – 6765.2011.01987.x
- Maillasson, H., & Schülke, S. (2022, 12. April). Das Saarland blickt besorgt auf den Ausgang der Wahl in Frankreich. *Saarbrücker Zeitung*, S. 1.
- Moreau, S. (2020, 12. Februar). Cassaro veut rapprocher Forbach du Luxembourg; Murmures politiques. *Le Républicain Lorrain*, S. 5.
- Nasr, M., & Rieger, P. (2023). Bringing Geography Back In: Borderlands and Public Support for the European Union. *European Journal of Political Research*, online first: DOI:10.1111/1475–6765.12652
- Rehm, M., Schröder, M., & Wenzelburger, G. (2024). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *Journal of Common Market Studies*, online first: DOI:10.1111/jcms.13607
- Reinl, A.-K., & Braun, D. (2023). Who Holds the Union Together? Citizens' Preferences for European Union Cohesion in Challenging Times. *European Union Politics*, 24(2), 390–409.
- Rolshausen, M. (2019, 24. April). „Ihr braucht keine Angst mehr zu haben“. Uwe Conradt geht für die CDU in die Saarbrücker Oberbürgermeister-Wahl. *Saarbrücker Zeitung*, S. C2.

- Schmidberger, M. (1997). *Regionen und europäische Legitimität: Der Einfluß des regionalen Umfeldes auf Bevölkerungseinstellungen zur EU*. Lang.
- Schmidberger, M. (1998). EU-Akzeptanz und europäische Identität im deutsch-französischen Grenzgebiet. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25–26, 18–25.
- Stifter, S. (2020, 10. März) [2020a]. Faut-il muscler l'offre culturelle ? Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 16.
- Stifter, S. (2020, 05. Juni) [2020b]. La défense de l'hôpital public devient la priorité des candidats. Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 26.
- Stifter, S. (2020, 17. Juni) [2020c]. Cassaro, Diligent, Homberg et Peyron débattent. Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 23.
- Stifter, S. (2020, 29. Juni) [2020d]. Alexandre Cassaro : la jeunesse s'impose. Forbach. *Le Républicain Lorrain*, S. 4.
- Szczerbiak, A., & Taggart, P. (2003). *Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality*. https://aei.pitt.edu/6562/1/001513_1.PDF [16.05.2024].
- Taggart, P., & Szczerbiak, A. (2018). Putting Brexit into Perspective: The Effect of the Eurozone and Migration Crises and Brexit on Euroscepticism in European States. *Journal of European Public Policy*, 25(8), 1194–1214. DOI:10.1080/13501763.2018.1467955
- Tausendpfund, M. (2013). *Gemeinden als Rettungsanker der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union*. Nomos.
- Treib, O. (2021). Euroscepticism is Here to Stay: What Cleavage Theory Can Teach Us About the 2019 European Parliament Elections. *Journal of European Public Policy*, 28(2), 174–189. DOI:10.1080/13501763.2020.1737881
- Ulrich, P. (2020). Re-Figuration von Grenzen und Ordnungen im sozialen Raum. Konzeptualisierung eines Analysemodells partizipativer Governance in EU-Grenzregionen. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 167–190). Springer.
- Wassenberg, B. (2010). Can Cross-Border Corporation Provoke Opposition to Europe? The Example of the Upper Rhine Region. In B. Wassenberg, F. Clavert, & P. Hamman (Hg.), *Contre L'Europe ? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours*. Vol. 1. (S. 285–305). Steiner.
- Wassenberg, B. (2013). Einführung. In J. Beck & B. Wassenberg (Hg.), *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit leben und erforschen: Beiträge aus dem Kolloquium „Grenzen überbrücken: auf dem Weg zur territorialen Kohäsion in Europa“ 18. und 19. Oktober 2010, Straßburg* (S. 37–43). Steiner.
- Weber, F., Theis, R., & Terrolion, K. (Hg.). (2021). *Grenzerfahrungen | Expériences Transfrontalières: COVID-19 und die Deutsch-Französischen Beziehungen | Les Relations Franco-allemandes à l'heure de la COVID-19*. Springer.
- Wille, C. (2015). Zur Einleitung: Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen. In C. Wille (Hg.), *Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen: Das Beispiel der Großregion SaarLorLux*. Wirtschaft – Politik – Alltag – Kultur (S. 9–16). transcript.

Autor*innenverzeichnis

Prof. Dr. **Daniela Braun** ist seit 2022 Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen und Clusterprofessorin im Cluster für Europaforschung (CEUS). Davor lehrte und forschte sie seit 2010 am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. In ihrer akademischen Lehre und Forschung beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit Europawahlen sowie den Parteien und der Bevölkerung im europäischen Mehrebenensystem. Ihre Forschungsarbeiten wurden u.a. in den folgenden politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften publiziert: European Journal of Political Research, European Union Politics, German Politics, International Political Science Review, Journal for European Integration, Journal of European Public Policy, Party Politics, West European Politics sowie in deutschsprachigen Fachzeitschriften (integration, Politische Vier-
teljahresschrift, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Zeitschrift für Politikwissenschaft, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft).

Prof. Dr. **Dominik Brodowski** ist Professor für Europäisierung, Internationalisierung und Digitalisierung an der Universität des Saarlandes und Clusterprofessor im Cluster für Europaforschung (CEUS). Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Philadelphia wurde er 2016 an der Universität Tübingen promoviert und 2021 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main habilitiert. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Europäisierung, Internationalisierung und Konstitutionalisierung des Strafrechts sowie die strafrechtlichen Aspekte der Informationsgesellschaft und der Digitalisierung.

Dr. **Giuseppe Carteny** ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Seine Arbeit konzentriert sich auf das Studium politischer Einstellungen, Wahlverhalten, Parteipolitik und vergleichender Politik in Europa und Ostasien. Seine methodischen Interessen umfassen klassische quantitative Methoden für die Sozialwissenschaften, quantitative Textanalysemethoden und Umfragemethodik.

Dr. Ulla Connor ist Postdoktorandin im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes. Sie ist Soziologin mit den Schwerpunkten Praxistheorie, Raumsoziologie, Grenz- und Europaforschung sowie qualitative Methoden und war wissenschaftliche Assistentin am UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS). 2022 promovierte sie an der Universität Luxemburg zum Thema territoriale Grenzen als Praxis am Fallbeispiel grenzüberschreitender Kartografie. Sie ist Mitglied der KWG-Sektion Kulturwissenschaftliche Border Studies sowie der Arbeitsgruppe „Raumplanung“ des UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS).

Julia Dittel, M. A. studierte Historisch orientierte Kulturwissenschaften und Angewandte Kulturwissenschaften an der Universität des Saarlandes. Seit 2021 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Europastudien in der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europafor- schung an der Universität des Saarlandes tätig. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Border Studies, Resilienz, Perspektiven nachhaltiger Regionalentwicklung sowie der Landschaftsforschung.

Dr. Stefan Ewert studierte Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in Greifswald, Hamburg und Växjö/Schweden und ist zudem Landschaftsökologe. Er arbeitete bei einem privaten Bildungsträger in Vorpommern und in verschiedenen Projekten an der Universität Greifswald. Seit 2022 leitet er den Arbeitsbereich „Ländliche Nachhaltigkeit“ am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der dortigen Universität. Neben seiner Lehre forscht er zu Nachhaltigkeitspolitik und ländlichen Räumen.

Jun.-Prof. Dr. Carola Fricke ist seit 2023 Juniorprofessorin für Humangeographie mit europäischem Schwerpunkt an der Universität des Saarlandes in der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europaforschung und Clusterprofessorin im Cluster für Europaforschung (CEUS). Sie lehrte und forschte von 2017 bis 2023 in der Humangeographie der Universität Freiburg und von 2012 bis 2017 am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, wo sie 2018 promoviert wurde. Ihre Forschung beschäftigt sich mit geographischen Ansätzen der Stadt- und Metropolenforschung, der Geographie des Wohnens sowie dem *comparative urbanism*.

Dr. Ines Funk ist seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europaforschung der Universität des Saarlandes und am Cluster für Europaforschung (CEUS). Sie koordiniert

den grenzüberschreitenden Master Border Studies. Ihre Forschungsinteressen sind Border Studies, insbesondere grenzüberschreitende Arbeits- und Ausbildungsmärkte, sowie Gesundheitsgeographie. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Arbeit und Ausbildung“ des UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS).

Prof. Dr. **Philip Hahn** ist seit 2023 Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität des Saarlandes. Er studierte in Tübingen, Oxford und Cambridge und wurde in Frankfurt am Main promoviert. Anschließend war er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen. Er arbeitet zur Stadt- und Migrationsgeschichte, zur Geschichte der sinnlichen Wahrnehmung und materiellen Kultur, Buch- und Lesegeschichte sowie zur historischen Semantik.

Dr. **Alex Hartland** ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politisches Vertrauen, Interessengruppen und vergleichende europäische Politik. Er nutzt Umfragedaten, quantitative Textanalysen, experimentelle Forschungsdesigns und qualitative Methoden, um die Rolle von Institutionen, Lobbying und öffentlicher Meinung in Politik und politischem Verhalten zu untersuchen.

Dr. **Kristina Höfer** studierte Komparatistik, Germanistik und Slavische Kulturen an der Universität des Saarlandes. Sie war Doktorandin im Graduiertenkolleg „Europäische Traumkulturen“ an der Universität des Saarlandes und wurde 2018 zu Traumdarstellungen in der deutschsprachigen Dramatik des 20. und 21. Jahrhunderts promoviert. Seit 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Forschungscoordinatorin am Cluster für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes.

Friederike Hommel studierte Crossmedia-Redaktion/Public Relations an der Hochschule der Medien in Stuttgart und absolvierte anschließend den trinationalen Master in Deutsch-Französischen Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und der Universität Luxemburg. Sie war Mitarbeiterin im Projekt UNTWIST von Prof. Dr. Daniela Braun der Universität des Saarlandes.

Djamila Jabra, M. A. ist seit Dezember 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäi-

sche Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Zuvor arbeitete sie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen. Sie studierte Sozialwissenschaften und Peace and Conflict Studies an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und war Erasmus-Stipendiatin an der Karlstad University (Schweden). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Außen- und Sicherheitspolitik, Klima- und Ressourcenkonflikte, Theorien der Internationalen Beziehungen und Terrorismusforschung.

Alexander Kratz ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Nikolaus Marsch, D.I.A.P. (ENA) und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Er promoviert im Bereich der deutsch-französischen Verfassungs- und Verwaltungsrechtsvergleichung. Nach seinem Studium in Freiburg im Breisgau absolvierte er das Referendariat in Frankfurt am Main, unter anderem bei der Europäischen Zentralbank. Gemeinsam mit Prof. Dr. Nikolaus Marsch und David Götz wurde er 2023 mit dem Saarländischen Landespreis Hochschullehre ausgezeichnet.

Prof. Dr. **Fabian Lemmes** ist Professor für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlandes. Er wurde am Europäischen Hochschulinstitut Florenz promoviert, war Juniorprofessor für Europäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und assoziiertes Forscher am Centre Marc Bloch Berlin und hatte Fellowships am ZiF Bielefeld, am Deutschen Historischen Institut Paris und am Collegium Lyon inne. Er forscht zur vergleichenden und transnationalen Geschichte Europas und des Mittelmeerraums vom 19. bis 21. Jh., v. a. zu den Themen Arbeit, Migration und Grenzregionen, Nationalsozialismus und Besetzungen, Medien und Terrorismus und soziale Bewegungen.

Prof. Dr. **Nikolaus Marsch**, D.I.A.P. (ENA) ist Professor für Deutsches und Europäisches Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität des Saarlandes. Nach seinem Studium in Trier und Berlin und dem Referendariat in Berlin, Speyer und Karlsruhe wurde er 2011 in Osnabrück über die „Subjektivierung der gerichtlichen Verwaltungskontrolle in Frankreich“ promoviert. 2017 folgte die Habilitation in Freiburg („Das europäische Datenschutzgrundrecht“). Er absolvierte den cycle international long der École nationale d'administration (ENA) in Straßburg. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen das Datenschutz-, Informations- und Medienrecht sowie die deutsch-französische Rechtsvergleichung.

Dr. Birgit Metzger ist Historikerin und Kulturwissenschaftlerin. Sie wurde an der Universität Freiburg promoviert, war Postdoktorandin an den Institutes for Advanced Studies in Freiburg und Straßburg und arbeitet derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität des Saarlandes. Sie forscht und lehrt zur Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, insbesondere zu Umweltgeschichte, sozialen Bewegungen und soziokulturellen Milieus, Geschichte von Arbeit, Risiko und Ungleichheit sowie Oral History und Erinnerungskultur.

Prof. Dr. Jochen Müller ist Professor für Politische Soziologie und Methoden an der Universität Greifswald. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf parlamentarischem Verhalten, Parteien sowie politischen Einstellungen und Verhalten. Er studierte in Konstanz und an der University of Warwick (UK) und promovierte an der Universität Potsdam. Vor seinem Wechsel nach Greifswald im Jahr 2022 war er an der Universität Mannheim, der Universität Oldenburg, der University of Essex (UK) und der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

Dr. Rosa M. Navarrete ist Postdoktorandin und Lehrbeauftragte an der Universität des Saarlandes. Zuvor hatte sie Forschungs- und akademische Positionen an der Universität Mannheim, der Universität York und der Autonomen Universität Madrid inne. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Text-als-Daten-Methoden, vergleichende Politikwissenschaft, europäische Politik und politisches Verhalten. Ihre Arbeiten wurden in Electoral Studies, Party Politics, JEPOP, Comparative European Politics und anderen Fachzeitschriften veröffentlicht.

Prof. Dr. Claudia Polzin-Haumann wurde 1998 mit einer Arbeit zur deutsch-französischen Kontrastiven Linguistik promoviert; 2004 habilitierte sie sich zur Sprachgeschichtsschreibung des Spanischen. Seit 2006 hat sie den Lehrstuhl für Romanische Sprachwissenschaft an der Universität des Saarlandes inne. Zugleich ist die Clusterprofessorin im Cluster für Europa-forschung (CEUS). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Angewandten Sprachwissenschaft und den linguistischen Border Studies, u. a. auf den Themenkomplexen Mehrsprachigkeit, vergleichende Sprach(en)politik/Sprachpflege, Normen und Varietäten, Sprachreflexion und Sprachbewusstsein, Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation.

Dr. Christina Reissner lehrt und forscht an der Universität des Saarlandes in der Fachrichtung Romanistik. Die Juristin und Sprachwissenschaftlerin

leitet die Abteilung Frühfranzösisch und das virtuelle EuroCom-Center für europäische Mehrsprachigkeit. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Angewandten und Soziolinguistik mit besonderem Fokus auf sprachwissenschaftlich-komparative Arbeiten, Sprachlehr- und Sprachlernforschung v. a. zu Mehrsprachigkeit und Interkomprehension sowie Einstellungsforschung, interdisziplinär ausgerichteten Border Studies und Sprachen- und Bildungspolitik.

Alexandra Schartner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität des Saarlandes in den Europastudien mit Schwerpunkt Westeuropa und Grenzräume und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Sie hat Architektur (M. A.) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) studiert. Derzeit promoviert sie kooperativ an der UdS und der htw saar zum Thema grenzüberschreitendes Placemaking im Grenzraum Saar-Moselle in der Großregion. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der räumlichen Gestaltung, Governance und Kooperation grenzüberschreitender Räume sowie der Entwicklung und Dynamik von Grenzorten im europäischen Kontext.

Stefanie Thurm ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Komparative Europaforschung an der Universität des Saarlandes und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Schwerpunktmäßig forscht sie zu politischer Kooperation in europäischen Grenzregionen. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit dem Policy-Making der deutschen Bundesländer zur Förderung von Nachbarsprachen.

Prof. Dr. **Florian Weber** studierte Geographie (Diplom) an der Universität Mainz und promovierte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Nach Stationen in Würzburg, Kaiserslautern, Freising und Tübingen (Habilitation an der Eberhard Karls Universität Tübingen) forscht und lehrt er seit 2019 als Juniorprofessor, seit April 2025 als Professor für Europastudien an der Universität des Saarlandes. Zudem ist er Clusterprofessor im Cluster für Europaforschung (CEUS). Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Diskursforschung, Border Studies, Energiepolitiken sowie Stadtentwicklungsprozessen im internationalen Vergleich.

Prof. Dr. **Georg Wenzelburger** ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes und Clusterprofessor im Cluster für Europafor-

schung (CEUS). Forschungsschwerpunkte liegen in der Analyse von Public Policies im europäischen Vergleich und der EU mit einem Fokus auf der Inneren Sicherheit, der Sozialpolitik und der Digitalisierungspolitik sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Jüngste Publikationen erschienen bei Oxford University Press und Zeitschriften wie dem European Journal of Political Research, dem Journal of European Public Policy oder West European Politics.